



KÖLNER TIERLEBEN

Kein Zuhause

Verein Straßenkatzen kümmert sich um herrenlose Tiere – und richtet Futterstellen ein Seite 39

LUTHERKIRCHE

Global und tanzbar

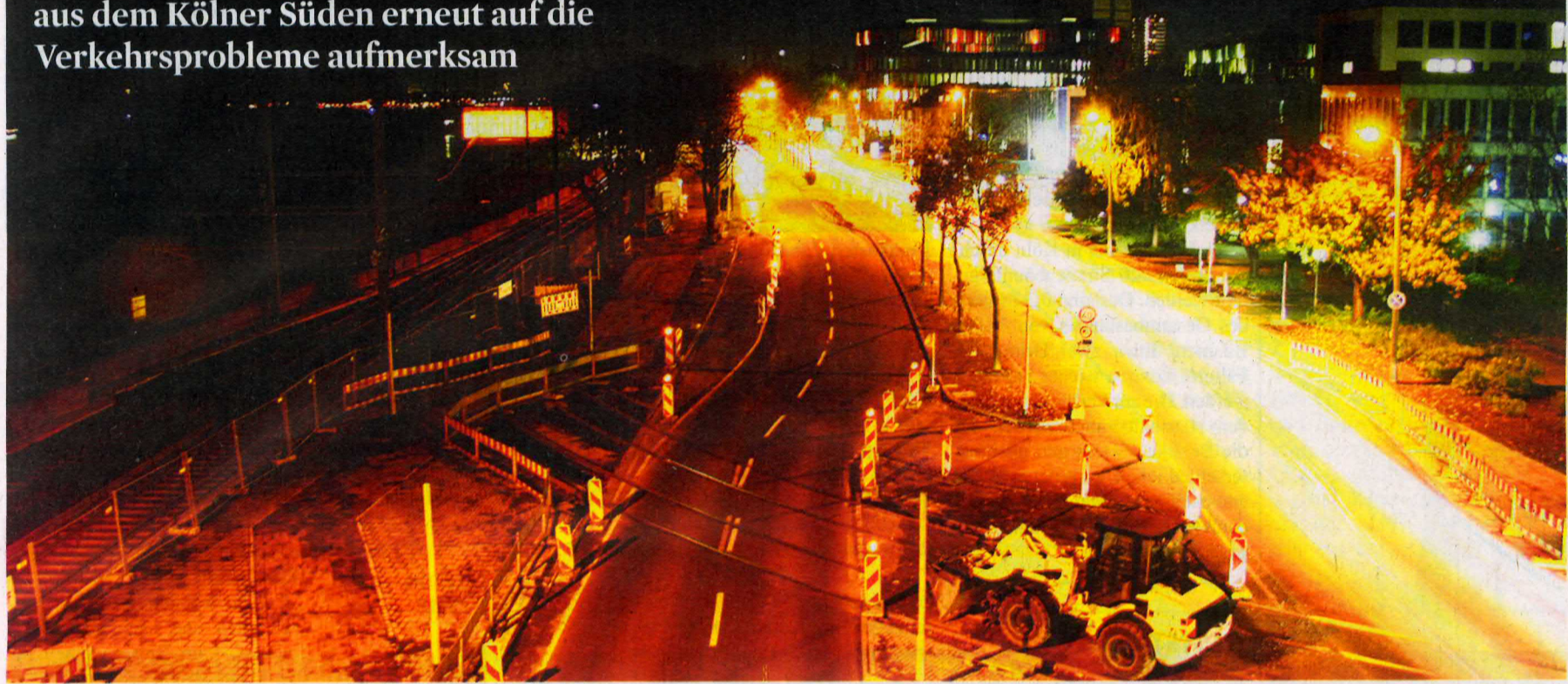
Verwandte und Weggefährten spielen in der „Zigeunernacht“ zu Ehren Medo Cunis Seite 35

Köln RODENKIRCHEN, INNENSTADT



Gemeinsam gegen den Kollaps

Mit einem Appell machen die Bürgervereine aus dem Kölner Süden erneut auf die Verkehrsprobleme aufmerksam



Freie Fahrt auf der Rheinuferstraße dürfte noch seltener möglich sein, wenn die Straßenbahnen der Linie 17 die Verkehrsader im Zehn-Minuten-Takt kreuzen. BILDER: PHH/SUS/STEF/PRIVAT

VON PHILIPP HAASER

Die Bürgerschaft im Kölner Süden ist gut organisiert. In nahezu jedem Stadtteil engagieren sich Einwohner in Bürgervereinen. In der Regel kümmern sie sich um die Belange in ihren Veedeln. Nun aber haben sie sich gemeinsam mit einem dringenden Appell an die Stadtverwaltung, den Oberbürgermeister und die politischen Gremien gewandt. Sie warnen vor einem „völligen Zusammenbruch“ des Autoverkehrs im Kölner Süden. Angesichts vieler Großbaustellen und einem Einwohnerzuwachs von bis zu 20 Prozent werde sich die Situation in den kommenden Jahren verschärfen.

Die zusätzlichen Bahnen durch die Nord-Süd-Stadtbahn könnten das drohende Chaos nicht abwenden. Die Vorsitzenden der Interessensgemeinschaft Marienburg, des Bürgervereins Bayenthal/Marien-

burg, des Allgemeinen Bürgervereins Zollstock, der Interessengemeinschaft Hahnwald, des Bürgervereins Rodenkirchen und der Arbeitsgemeinschaft Wohnungsfürsorge Heidekaul haben die Petition unterzeichnet. Sie fordern von der Verwaltung mehr Transparenz und ein schlüssiges Gesamtkonzept.

➔ **Bonner Straße:** Der Umbau wird die größten Veränderungen in nächster Zukunft mit sich bringen – nicht nur während der Bauarbeiten, die 2015 beginnen sollen. Für die Nord-Süd-Stadtbahn werden in der Mitte der Straße neue Gleise verlegt. Autofahrer können im nördlichen Abschnitt nach dem Umbau nur noch zwei statt wie bisher vier Spuren nutzen. Ende des Jahres sollen die Pläne der Bezirksregierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Bürgervereine fordern, den nördlichen Abschnitt dreispurig auszubauen.

➔ **Rheinuferstraße:** Die neuen Gleise der Nord-Süd-Stadtbahn, die zunächst die Linie 17 nutzen wird, verlaufen quer über die Rheinuferstraße. Wenn die Linie ihren Betrieb aufnimmt, müssen Autofahrer alle zehn Minuten an der Kreuzung warten. Ein von der Stadt beauftragtes Gutachten prognostiziert den Zusammenbruch des Verkehrs auf der Rheinuferstraße für den Fall, dass die Linie 17 öfter als im Zehn-Minuten-Takt fährt. Beim Bau der Trasse wurden Vorkehrungen getroffen, um die Rheinuferstraße zu einem späteren Zeitpunkt unter den Gleisen hindurchzuführen. Die Bürgervereine fordern, den Tunnel bereits jetzt zu bauen.

Der Betrieb der Linie 17 wird auch den Autoverkehr in Richtung Rodenkirchen betreffen. Die Wagen nutzen vom Rheinufer an die Gleise der Linie 16 und kreuzen vor der Haltestelle Heinrich-Lüb-

ke-Ufer die Straße. Außerdem bremst eine Engstelle südlich der Bismarcksäule den Verkehr auf der Rheinuferstraße. In ihrem Appell verlangen die Bürgervereine eine vierspurigen Ausbau der Straße an dieser Stelle.

➔ **Bonner Verteiler:** Der Kreisel am südlichen Ende der Bonner Straße führt die Autofahrer auf den Militärring, die Autobahn A 555 und zu zwei Tankstellen. Die Endhaltestelle der Nord-Süd-Stadtbahn unmittelbar nördlich des Kreisverkehrs soll möglichst viele Pendler dazu bewegen, auf die Bahn umzusteigen. An der Bonner Straße ist deshalb ein Park-and-Ride-Parkhaus mit 600 Plätzen geplant, dessen Ein- und Ausfahrten auf den Militärring und die Bonner Straße münden. Die Bürgervereine fordern, den Verteilerkreis auszubauen mit zusätzlichen, teilweise unterirdischen Abbiegespuren.

➔ **Alternativen zum Auto:** Das Umsteigen vom Pkw in öffentliche Verkehrsmittel zu stärken ist eine weitere Forderung der Vereine. Die Linie 17 soll laut der Petition bis Godorf verkehren. Ein vierter Bauabschnitt der Nord-Süd-Bahn soll Rondorf, Immendorf und Meschenich an das ÖPNV-Netz anschließen und weitere P+R-Parkplätze angelegt werden. Zudem sollen Radwege ausgebaut und neu angelegt werden, etwa entlang der Straße Am Wasserwerkswaldchen oder an der Konrad-Adenauer-Straße in Rodenkirchen.

➔ **Schleichverkehr:** Abkürzungen durch die Wohngebiete müssten unbedingt verhindert werden, heißt es im Brief der Vorsitzenden. So solle das Abbiegen in die Gebiete erschwert und der Verkehr in den Wohnstraßen vor allem zwischen Brühler, Bonner und Rheinuferstraße verringert werden.

Alternativen lassen auf sich warten

JUSTIZZENTRUM Breite Ablehnung für geplanten Standort in Bayenthal

Innenstadt/Bayenthal. Die an kündigt Alternativen zu Standort eines neuen Justizzentrums auf der Brauereibrache der Alteburger Straße lassen weiter auf sich warten. In der jüngsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses lagen noch keine Vorschläge der Verwaltung vor. „Wir wurden auf die nächste Sitzung vertröstet“, bestätigte Ausschussmitglied Sabine Müller (Bündnis 90/Die Grünen) dem „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Mehr als zehn Standorte würden derzeit laut Müller geprüft. „Ich muss schon sauber ausgearbeitet werden“, fügte sie hinzu. Vor der Sitzung hatte sich die Bezirksvertretung Rodenkirchen erneut gegen den Standort in Bayenthal ausgesprochen, den der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (BLB) ins Gespräch gebracht hat.

Die Brauereibrache ist nach wie vor ein möglicher Standort

Thomas Tintelot Sprecher Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

Der Landesbetrieb ist Eigentümer des Geländes. „Die Brauereibrache ist nach wie vor ein möglicher Standort“, betonte Thon Tintelot, Sprecher des landeseigenen Unternehmens. Müller hat in der Sitzung des Stadtteilparlaments von einer „schwierigen Gemengelage“ gesprochen.

Die Bezirksvertreter im Rodenkirchener Rathaus stimmten geschlossen für einen Antrag von SPD, Grünen und dem Vertreter der Linken. Der Bau eines Justizzentrums widerspreche den Zielen des Entwicklungskonzeptes für die Innenstadtweiterung (Es heißt es zur Begründung. Das Gebiet sei für Wohn- und Lebensqualität für den Norden des Bezirks „von zentraler Bedeutung“.

SPD-Bezirksvertreter Jörg Ksemann verwies auf die Schulden die im Konzept für das Gebiet vorgesehen sind. „Wir haben nach wie vor einen Mangel an Schulplätzen im Süden“, sagte er in der Sitzung. Monika Roß-Belkner (CDU) wies darauf hin, dass ein Antrag ihrer Parteikollegen im Stadtentwicklungsausschuss bis heute mehrfach vertagt wurde. Die CDU-Vertreter fordern darin ebenfalls eine deutliche Ablehnung durch den Ausschuss. (phh)

Warum hat Ihr Verein den Offenen Brief unterzeichnet?



Die Gleise an der Rheinuferstraße müssen untertunnelt, die Viertel gegen Durchfahrer geschützt werden. Wir wollen ein Gesamtkonzept, kein Stückwerk. **Wolfram Nolte, IG Marienburg**



Eine Rampe für die Bahn über den Verteiler wollen wir verhindern, den Kreisverkehr ausbauen. Die Parkhausstandorte wurden zudem nicht offen diskutiert. **Andreas Wulf, AG Heidekaul**



Wir brauchen angesichts des Wachstums sowohl ÖPNV wie auch Individualverkehr. Die Wohngebiete dienen nicht der Entlastung der Straßen um sie herum. **Hartmut Hammer, BV Bayenthal/Marienburg**



Der Militärring muss für eine Abbiegespur untertunnelt werden. Warum wird die Bahn nicht nach Süden verlängert? Viele Schwachstellen sind schon absehbar. **Jan Rolff, IG Hahnwald**



Wir wollen wissen, wie unser Stadtteil betroffen sein wird. Noch mehr Verkehr auf der Brühler Straße und auf der Vorgebirgstraße muss verhindert werden. **Jürgen Gellert, ABV Zollstock**



Der Rückstau der Rheinuferstraße reicht heute bereits nach Rodenkirchen. Durch die Bebauung im Sürther Feld werden auch wir mehr Verkehr haben. **Dieter Marezky, BV Rodenkirchen**